EPOCH TIMES

MEINUNG Andrea Thoma-Böck

IZW-Präsidentin zur Energiewende: „Wohlstandsverluste sind längst keine theoretische Gefahr mehr“

Laut Prognosen verschlingt die deutsche Energiewende Billionen von Euro – zulasten von Wirtschaft und Menschen. Im Interview erklärt Andrea Thoma-Böck, Präsidentin der Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland, dass die Kosten noch weitaus höher liegen können als die Schätzungen.

0



Die IZW-Präsidentin Andrea Thoma-Böck.

Foto: Andrea Thoma-Böck, Quang Nguyen Vinh/Canva; Montage: Epoch Times

Maurice Forgeng
26. Oktober 2026

Lesedauer: 13 Min.

In Kürze:

- Mit der Energiewende seien **zwischen Politik und Wirtschaft** regelrechte **Parallelwelten** entstanden, so IZW-Präsidentin Andrea Thoma-Böck.
- Sie warnt, dass **Kosten und Risiken aus dem Ruder laufen könnten**, ähnlich wie bei Stuttgart 21.
- Ohne ausreichende Vergleiche und Gegenrechnungen lasse sich **kein Break-even festlegen**.
- Ebenso äußert Thoma-Böck Zweifel am allgemeinen **Finanzierungspotenzial**.

Die deutsche Energiewende tangiert unmittelbar die Wirtschaft. Der Umbau von nicht weniger als der gesamten Strominfrastruktur im laufenden Betrieb gleicht

einem Mammutprojekt. Die damit verbundenen Kosten sind bis dato und in den kommenden Jahren entsprechend hoch.

Auf lange Sicht verspricht die Politik verspricht eine Kostenersparnis. Aktuell spürt die Wirtschaft jedoch vorwiegend Druck durch die hohen Energiepreise und die oftmals einengenden Emissionsvorgaben. Das führt zunehmend zu einer Abwanderungsdynamik der deutschen Industrie.

Die Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland (IZW) setzt sich für eine zukunftsfähige Wirtschaft hierzulande ein und möchte gleichzeitig eine Brücke zur Politik schlagen. IZW-Präsidentin Andrea Thoma-Böck erklärt im Interview, wie das gehen soll – und wie die Kosten der Energiewende in Billionenhöhe einzuordnen sind.

MEHR DAZU

6 Billionen Euro, um bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen - oder mehr?



Frau Thoma-Böck, vor Kurzem bezifferte eine Prognos-Studie die Kosten für die Erreichung der Klimaneutralität Deutschlands bis 2045 auf rund 6 Billionen Euro. Eine weitere Studie von vor gut einem Jahr sprach von bis zu 5,4 Billionen Euro allein für die Energiewende bis 2049. Halten Sie diese Beträge für realistisch?

Ich kann dazu nur den Energieökonomen Professor Manuel Frondel vom RWI zitieren: „Ich halte sechs Billionen Euro eher für die Untergrenze." Genauso sehe ich das. Wir bauen seit Jahrzehnten Flughäfen, Bahnhöfe und Tunnel – und trotzdem laufen Kosten und Zeitpläne aus dem Ruder. Stuttgart 21 wurde 2009 als Kernprojekt mit rund 4,5 Milliarden Euro veranschlagt. Einschließlich verbundener Infrastrukturprojekte sprechen wir heute von rund 25 Milliarden Euro, allerdings bei erweitertem Umfang. Und den Umbau unserer gesamten Energieversorgung wollen wir bis 2045 verlässlich kalkulieren?

Hier geht es um weit mehr als Windräder und Solarmodule. Erzeugung und Verbrauch müssen im Stromnetz jederzeit im Gleichgewicht bleiben, Frequenz und Spannung stabil gehalten werden. Speicher, Wechselrichter, Leitungen und Reservekraftwerke müssen zuverlässig ineinandergreifen. Dabei ist installierte Leistung noch lange keine gesicherte Leistung. Was kostet dieses Zusammenspiel über Jahrzehnte, einschließlich Wartung, Ersatzinvestitionen und Systemabsicherung? Während wir noch bauen, beginnt bereits der Ersatz. Und was kostet es, wenn Industriebetriebe ihre Produktion zunehmend nach dem Stromangebot ausrichten sollen?

Hinzu kommt der Wettbewerb um Rohstoffe. Weltweit werden Stromnetze, Batteriespeicher und Rechenzentren gebaut. Die Nachfrage nach Kupfer wächst. Die UBS warnte vor Engpässen, die Internationale Energieagentur erwartet für 2035 eine mögliche Kupferangebotslücke von rund einem Viertel. Neue Minen entstehen nicht über Nacht. Ein erheblicher Teil der Wertschöpfung bei Solarmodulen, Batterien und Komponenten findet zudem außerhalb Deutschlands statt. Materialpreise, Lieferketten und geopolitische Risiken lassen sich bis 2045 kaum auf den Euro genau vorhersagen.

MEHR DAZU

Wo Stromnetzentgelte 2027 sinken und wo sie steigen



Windkraft in Deutschland: Viel geplant, aber wirtschaftlich nicht immer tragfähig



Prognos beziffert den Investitionsbedarf auf 5,7 bis 6,4 Billionen Euro, untersucht aber weder die vollständigen volkswirtschaftlichen Kosten noch die Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung. Auch wie die Investitionen tatsächlich finanziert werden sollen, bleibt offen. Ich erwarte deshalb erhebliche Kostensteigerungen. Eine Zahl für den Investitionsbedarf zu berechnen, ist das eine. Ob sich dieser Plan technisch, zeitlich und wirtschaftlich verwirklichen lässt, ist eine völlig andere Frage.

Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages verweisen sogar auf Kostenschätzungen von bis zu 13,3 Billionen Euro bis 2045. Die Bundesregierung selbst erstellt dagegen keine eigene Gesamtkostenrechnung.

Umso erstaunlicher, dass es bis heute keinen ganzheitlichen, technologieoffenen Gesamtplan mit belastbarer Gesamtkostenrechnung und unabhängigem Controlling gibt. Ein Missstand, den die IZW seit ihrer Gründung kritisiert. Was bei jedem größeren Investitionsprojekt selbstverständlich wäre, fehlt ausgerechnet beim Umbau unserer Energieversorgung. Wie wollen wir da rechtzeitig erkennen, wann Kosten und Risiken aus dem Ruder laufen?

Es heißt, die Energiewende spart letztlich mehr ein, als sie kostet. Reduzierte Investitionen für fossile Energieträger, weniger Schäden durch klimabedingte Naturkatastrophen und sinkende Gesundheitskosten sollen das ermöglichen. Wann ist der Break-Even-Point erreicht? Ab wann rentiert sich die Energiewende?

Einen seriösen Break-even kann ich nicht benennen, solange wir nicht transparent darlegen, welche CO_2-Einsparungen über den gesamten Lebenszyklus tatsächlich erzielt werden und was uns jede weitere vermiedene Tonne kostet. Rohstoffgewinnung, Herstellung, Transporte und Entsorgung verursachen schließlich ebenfalls Emissionen, häufig außerhalb Deutschlands. Die Technische Universität München zeigt mit einer Auswertung von 19 Studien und 47 Szenarien: Elektroautos haben durchschnittlich 41 Prozent weniger Lebenszyklusemissionen als Verbrenner. Das ist ein Vorteil, aber eben keine Emissionsfreiheit, wie vorher immer propagiert.

Deutschland hat seine Treibhausgasemissionen seit 1990 bereits um mehr als 48 Prozent reduziert. Weitere Einsparungen führen uns zunehmend in technisch schwierige und kostspielige Bereiche. Zwischen 2020 und 2025 haben wir rund 35 Milliarden Euro in neue Windkraftanlagen investiert und die installierte Leistung um etwa 25 Prozent erhöht. Trotzdem lag die jährliche Windstromerzeugung 2025 nahezu auf dem Niveau von 2020. Milliardeninvestitionen, denen in diesem Jahresvergleich kaum zusätzlicher Ertrag gegenübersteht.

MEHR DAZU

Windkraft stagniert trotz Zubau: 2025 kaum mehr Windstrom als 2020



Windkraft stagniert: Forscher sehen Kannibalisierung durch Solarstrom



Wie viel wollen wir künftig für jede weitere vermiedene Tonne CO_2 aufwenden, und wo steht das noch in einem vernünftigen Verhältnis zum Nutzen? Mit jeder

weiteren Investition müssen wir fragen: Wie viel zusätzliche CO_2-Minderung erreichen wir tatsächlich und zu welchem Preis?

Erdöl und Erdgas sind zudem nicht nur Brennstoffe, sondern Ausgangsstoffe für unzählige Produkte, von Kunststoffen über Arzneimittel bis zur Kosmetik. Allein in der deutschen Chemieindustrie wurden 2024 rund 34 Prozent der eingesetzten Energieträger stofflich genutzt. Wer diese Rohstoffe ersetzen will, braucht alternative Kohlenstoffquellen und Verfahren, die wiederum Energie, Kapital und Infrastruktur benötigen. Wandert stattdessen die Produktion ab, verlieren wir Arbeitsplätze, technologisches Wissen und Wertschöpfungsketten. Werden dieselben Güter anschließend im Ausland emissionsintensiver hergestellt, verbessert sich unsere nationale CO_2-Bilanz, ohne dass das Weltklima entsprechend profitiert.

Natürlich gehören eingesparte Brennstoffimporte sowie vermiedene Klima- und Gesundheitsschäden in die Rechnung. Ihnen müssen die weltweiten Emissionen, sämtliche zusätzlichen Kosten und mögliche industrielle Verluste gegenübergestellt werden. Ebenso fehlt der umfassende Vergleich mit anderen Technologiepfaden, die dieselbe Emissionsminderung günstiger erreichen könnten. Ohne diese Gegenrechnung ist der behauptete volkswirtschaftliche Break-even keine belastbare Zahl.

Kann Deutschland diese Kosten in Billionenhöhe überhaupt stemmen? Was bedeutet das für das Land und für die Menschen?

Selbst in den wirtschaftlich starken Jahren zwischen 2009 und 2019, als die Steuereinnahmen sprudelten und Kredite außergewöhnlich günstig waren, wäre ein Investitionsprogramm in Billionenhöhe eine enorme Herausforderung gewesen. Heute steht Deutschland wieder als möglicher „kranker Mann Europas“ in der Debatte, wie der „Economist“ bereits fragte.

Gleichzeitig haben wir einen gewaltigen Sanierungsstau: Nach Einschätzung des Bundesrechnungshofs müssen allein rund 5.000 Teilbauwerke von Autobahnbrücken dringend modernisiert werden. Dazu kommen Straßen, Schienen, Schulen und kommunale Infrastruktur. Die Energiewende kommt obendrauf.

Die entscheidende Frage lautet doch: Wer soll diese Billionen erwirtschaften, wenn wir gleichzeitig die industrielle Basis schwächen, die sie finanzieren soll?

Wir müssen zudem über die Menschen reden, die diese Last tragen sollen. Unsere Wirtschaft stagniert seit Jahren, die Babyboomer gehen in Rente, der Druck auf Sozialkassen und öffentliche Haushalte wächst. Bis 2040 erreichen rund 13,3 Millionen heutige Erwerbspersonen das Rentenalter. Zugleich sollen sich die jährlichen Zinsausgaben des Bundes bis 2030 auf über 80 Milliarden Euro mehr als verdoppeln. Wenn Kosten über Zuschüsse statt über Strompreise finanziert werden, verschwinden sie nicht. Sie wechseln den Briefkopf: vom Stromkunden zum Steuerzahler, von heutigen Haushalten zu künftigen Generationen. Die Schulden von heute sind die Zinslasten von morgen. Und jeder weitere Finanzierungsbedarf konkurriert mit Bildung, Gesundheit, Verteidigung und der Sanierung unseres Landes.

MEHR DAZU

Energie wird teurer: Strompreise steigen vor dem Winter deutlich



Mit 35,6 Cent doppelt so teuer wie der Durchschnitt: Deutschland hat bei G20-Staaten die höchsten Strompreise



Während die Welt durch Künstliche Intelligenz, Digitalisierung und Elektrifizierung in einen neuen Wettbewerb um bezahlbare, gesicherte Energie eintritt, binden wir enorme Mittel in einen politisch vorgegebenen, technologisch verengten Sonderweg. Dieses Kapital fehlt möglicherweise für Forschung, moderne Produktionsanlagen und andere Investitionen. Gleichzeitig verlieren wir bereits industrielle Wertschöpfung, Investitionen und damit wirtschaftliche Zukunftsperspektiven. Diese Wohlstandsverluste sind längst keine theoretische Gefahr mehr. Und mit ihnen schwindet auch die gesellschaftliche Akzeptanz.

Dabei wäre allein die glaubwürdige Aussicht auf eine dauerhaft sichere, bezahlbare Energieversorgung einer der stärksten Investitionsimpulse für unseren Standort. Denn Unternehmen investieren nur, wenn sie langfristig planen können. Wer die Energiefrage löst, schafft Wohlstand.

Wir haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Und dieser Wirt ist unsere Volkswirtschaft. Sie muss die Transformation finanzieren und zugleich die Voraussetzungen schaffen, damit kommende Generationen ihren Wohlstand erhalten können.

Eine Energiewende muss sich an ihrer Wirtschaftlichkeit messen lassen, nicht an den Wunschvorstellungen eines politischen Luftschlosses, das bis 2045 fertig sein soll, koste es, was es wolle.

Eine Transformation ist nur dann erfolgreich, wenn Wirtschaft und Gesellschaft sie erleben und überleben. Ob das auf unserem gegenwärtigen Weg gelingt, halte ich für mehr als fraglich.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Maurice Forgeng.

Zur Person:

Andrea Thoma-Böck kommt aus einer Unternehmerfamilie, die seit Generationen Verantwortung für ein Industrieunternehmen trägt. Ihrer Aussage nach stehe sie selbst seit vielen Jahren in unternehmerischer Verantwortung und erlebe unmittelbar, wie weit sich politische Entscheidungen von der wirtschaftlichen Realität entfernt hätten.

„Zwischen Politik und Wirtschaft sind regelrechte Parallelwelten entstanden. Während die einen Ziele beschließen, Fristen setzen und Vorgaben erlassen, müssen die anderen sie umsetzen, finanzieren und die Konsequenzen tragen“, sagte sie. „Dabei müssen wir auch selbstkritisch sein: die Wirtschaft trägt an dieser Entwicklung eine Mitverantwortung. Wir waren viel zu lange viel zu leise.“

Daraufhin gründete sie im November 2023 die Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland (IZW). Diese Initiative greift laut Thoma-Böck konkrete Erfahrungen aus den Unternehmen auf, verbindet sie mit wissenschaftlicher Expertise und ordnet politische Entscheidungen sowie ihre wirtschaftlichen Folgen kontinuierlich ein.

„Wir verstehen uns als Übersetzer in beide Richtungen: Wir tragen die wirtschaftliche Realität in Politik und Öffentlichkeit und machen politische

Entscheidungen und ihre Folgen für Unternehmen und Gesellschaft verständlich“, erklärte sie.

Die IZW agiert unabhängig, überparteilich und ist privat finanziert. Das erklärte Ziel ist es, dem Mittelstand wieder den Platz am Tisch zu verschaffen, an dem über seine Zukunft entschieden wird.

Dieser Beitrag stellt ausschließlich die Meinung des Verfassers oder des Interviewpartners dar. Er muss nicht zwangsläufig die Sichtweise der Epoch Times Deutschland wiedergeben.